

Regierung mogelte schon wieder bei der Hartz-IV-Reform

Die schönsten Geschichten schreibt das Leben selbst. So ist es auch mit dieser, obwohl sie schon fast ein Märchen sein könnte, das Märchen von der Hartz-IV-Erhöhung. Mit Hinweis auf unsere erste Bombe, die darüber berichtete, wie die Bundesregierung ein paar Cent als Hartz-IV-Reform ausgab und sich die Springer-Presse dafür hergab, dies als ein unglaublich huldvolles und daher erfreuliches Ereignis anzupreisen, aber den [8. Existenzminimumbericht](#) übersah, der das so schön gebackene Reförmchen verbrannte. Peinlich war, als *Menschen für Demokratie* aufdeckten, dass die Regierung eigentlich kein Geld ausgab, sondern sparte.

Eine Erhöhung der Bezüge erfolgte für die in der Hartz-IV-Reform festgelegten Beiträge im Juni des Jahres mit einer völlig unüblichen Begründung einer Preisindizierung zwischen dem 1. Juli 2010 und dem 30. Juni 2011. Hartz-IV-Empfänger bekamen zunächst drei Euro mehr, ab dem 1. Januar 2011 weitere sieben Euro, also insgesamt zehn Euro mehr; der monatliche Betrag stieg von 364 auf 374 Euro. Dieser Betrag entspricht den Forderungen der Opposition und auch den Berechnungen von *Menschen für Demokratie*.

Insofern erscheint es als sei noch nicht alles faul im Staate, aber diese Freude währt nur kurz: Die Bundesregierung ließ durch die Springer-Presse verkünden, sie habe aufgrund der Hartz-IV-Reform zusätzliche Kosten von 570 Millionen Euro. *Menschen für Demokratie* gingen bisher von 370 Millionen Euro an jährlicher Mehrbelastung aus.

Unterstellt, dass diese Berechnung der Bundesregierung maßgeblich sein muss, gesteht diese ein, wie in welchem Ausmaß Vorschriften, wie die Einbeziehung des Existenzminimumberichts (8.) umgangen wurde. Verwunderlich bleibt, weshalb zwischen dem Bundesarbeitsministerium und dem Finanzminister keine Kommunikation darüber zu bestehen scheint und auch schleierhaft bleibt, dass die Oppositionsparteien im Parlament im Wissen darum, dass Existenzminimumsberichte alle zwei Jahre erstellt und vorgelegt werden, nicht während der Verhandlungen um die Hartz-IV-Reform darauf bestanden, den 8. Existenzminimumsbericht abzuwarten und in die Verhandlungen einzubeziehen.

Wir vergeben die Bombe der Woche ein zweites Mal in dieser Angelegenheit an die Bundesregierung, weil sie bei allem Tingeltangel am zeitlichen Verzug zwischen Reform und Bericht, nicht nur rund 350 Millionen Euro ab 2012 jährlich, sondern 570 Millionen Euro einsparte; Hartz-IV-Empfänger müssen sich dennoch mit nur zehn Euro mehr im Monat zufrieden geben, obwohl jedem noch immer ab 1. Januar 2012 insgesamt 15 Euro pro Monat zustehen.